

# Halle-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten - Handwerksblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags, den monatlichen Preispreis durch unsere Boten, ausserhalb des Bezugsgebietes 1,40 Mark, durch die Post 1,60 Mark und zu jeder Zeit zu jeder Zeit, auch der Preis für den Rest der Woche.

Die Anzeigen werden nach Rubriken und Zeilen berechnet, die Zeile 0,21 Mark, Verlagspreis: Neue Fremdenliste 10 und 20, Fremdenliste 17, Fremdenliste: Sammelnummer 7431, Druck-Preis: „Halle-Zeitung“ 10, Halle-Zeitung: Halle a. S., Postfach 10000, Halle a. S., Postfach 10000, Halle a. S., Postfach 10000.

### Das Weltschuldenproblem.

America und England als Gläubiger.

Bekanntlich haben sich die anglo-amerikanischen Völker stets gemeinert, die Frage der internationalen Verbindungen zum Gegenstand interaktiver Erörterungen zu machen. Das war im Frühjahre 1924 bei der Diskussion des Sachverständigenplanes. Die beiden einzigen Gläubigerländer der Welt - abgesehen von den Reparationsanforderungen - sind Amerika und England. Ziel Interessenten über die finanzielle und wirtschaftliche Kraft der wichtigsten am Weltmarkt beteiligten Länder liegt in dem Hinblick auf den amerikanischen Bankers Trust Company herausgegebenen Buche „The Intercontinental Debt“.

In diesem vom Dr. C. H. Fisk geschriebenen Buche werden die Gläubigeransprüche Amerikas mit netto 11 858 Millionen, die Englands mit 4682 Millionen Dollars angegeben. Da England am 15. November an Amerika 4600 Millionen schuldete und über die Summe ein Abkommen zwischen den beiden Ländern erzielt worden ist, sind die Ansprüche Englands gegenüber den übrigen Bundesgenossen mit über 9 Milliarden Dollar um mehr als 2 Milliarden Dollar größer als die Ansprüche Amerikas an diese alliierten Staaten. England hat im wesentlichen während der ersten Kriegsjahre, Amerika etwa von 1917 an den Kapitalbedarf der Verbündeten gedeckt. Die Gründe dafür, daß England und Amerika der Verbindung des Reparationsproblems mit der Frage der internationalen Schulden widernäheren, dürften in folgendem zu suchen liegen. Die beiden Weltmächte hatten es nicht mit ihrer Würde für vereinbar, wenn ihre Ansprüche nur dem Forum der ganzen Welt analysiert werden; weiter aber ist es ihnen sichtlich darum zu tun, die Schwierigkeiten der Einmischung auf kontinentaluropäische Entwürfe hindern zu können, daß sie sich als Gläubiger und damit als unmittelbare Interessenten am Frieden und an der Wohlfahrt der alten Welt gebären können. Die Haltung der Regierung Poincaré hat Amerika und England keine Beunruhigung wegen auf die politische Auswertung ihrer Gläubigerrechte zu versetzen.

Ob die anglo-amerikanischen Mächte gegenüber einer neuen niederrheinischen einseitigen französischen Regierung ihrer Standpunkt ändern werden, ist noch nicht vorzusagen. Jedenfalls werden die erwähnten amerikanischen Buche die internationalen Schulden im Zusammenhang mit den Reparationsverpflichtungen und seitdem schon dadurch, daß man in amerikanischen Finanzkreisen von der engen Zusammengehörigkeit der beiden Fragenkomplexe eine deutliche Vorstellung hat.

Original ist in der Berechnung und in der Gesamterhebung der internationalen Schuldverpflichtungen die Unterabteilung zwischen der jeweiligen nominellen Höhe in entwerteter Währung und der faktischen Höhe der Wechselkurs der Fortkriegszeit. So weist z. B. das Konto „Deutschland“ für das Jahr 1923 (30. Juni) eine nominelle Schuld in Höhe von 1 969 142 Millionen Mark, dagegen eine effektive Schuld von nur 406 Millionen Mark auf. Bekanntlich wird auch die Tilgung der deutschen Schuld durch Zahlungsansprüche der Schuldlosen, Deutschland ist viel weniger belastet als seine Gläubiger und daher in hohem Grade zahlungsfähig.

Vermutlich wird dabei allerdings die Tatsache, daß diese selbsttätige Tilgung der öffentlichen Schuld in Deutschland ganz überwiegend aus dem Vermögen deutscher Staatsbürger erfolgt ist, die ihre Ersparnisse in öffentlichen Schuldtiteln angelegt hatten. Darum ist auch eine weitere Tabelle des erwähnten Buches nicht bemerkenswert, in der vermehrt ist, wieviel Prozent des Nationalvermögens die gesamte öffentliche Schuld der verschiedenen Länder ausmacht, und in welchem Verhältnis zueinander das jährliche Nationalerwerbnein eines Volkes und die jährlich von ihm aufzubringende Rinsumme für die öffentlichen Schulden stehen. Durch solche Rechnungen wird bewiesen, daß Frankreich sein Nationalvermögen von angeblich 57 900 Millionen Dollar mit über 34 Proz. belastet habe, während Deutschland mit seinem Nationalvermögen von angeblich 55 000 Millionen Dollar nur zu 1/4 Proz.

### 600 000 Ruhrarbeiter im Ausstand.

#### Verschärfung der Krise.

Kommunistischer Terror.

Essen, 20. Mai. Nach Mitteilungen von Gewerkschaftsleiter in Ruhrgebiet sind seit gestern früh etwa 600 000 Arbeiter. Auf vielen Zechen werden die Arbeitsmitteln gewaltsam der Aufsicht verweigert. Von der Gesamtwirtschaft der heutigen Frühlicht waren 533 000 Arbeiter zur Arbeit erschienen. Die Unionisten und Kommunisten beschäftigen, die Vertreibung der Notstandsarbeiten auf den Zechen mit allen Mitteln zu unterstützen. In diesem Zwecke sind umfangreiche Besetzungen getroffen, um den Bergarbeitern und Angehörigen des Bergbauwesens die Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen.

Bonn, 20. Mai. Die Streiklage hat sich ungemein verschärft, auf sämtlichen Zechen im Ruhrgebiet ruht die Arbeit vollständig. Besonders kritisch ist die Lage auf dem Bochumer Verein. Die streikenden Bergarbeiter wollen es verhindern, daß für den Bochumer Verein von den benachbarten Zechen Kohlen aufgegeben werden. Die Produktion des Wertes wird heute darüber belächelt fallen, ob der Bochumer Verein stillgelegt werden soll oder nicht. In der vergangenen Nacht hat die Bochumer Polizei mehrere Funktionäre der Union festgenommen.

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen nachstehenden Aufruf: In Belegtafelformulierungen

einzelner Zechen des Ruhrgebietes wurde beschließen, mit allen Mitteln, ganz gleich, ob geistlich oder ungeistlich, den gegenwärtigen Kampf zu verteidigen und die Notstandsarbeiten zu verhindern. Diese Beschlüsse werden von den untergeordneten Organisationen ausführt durchgeführt. Sie stehen mit gewerkschaftlichen Grundsätzen im Widerspruch und dürfen unter keinen Umständen von den Bergarbeitern befolgt werden. Die Organisationen fordern ihre Mitglieder auf, nur an solchen Versammlungen teilzunehmen, welche von ihnen einberufen sind.

#### Die Parteien nach Berlin geladen.

Essen, 20. Mai. Der Reichsarbeitsminister hat zur Beurteilung der Rechtslage im Ruhrgebiet durch die Sachverständigen die Parteien für Mittwoch, dem 21. d. M., nach Berlin geladen. Es geht um die Abgabe eines Rechtsgutachtens über die Frage, welche Regelung der Arbeitszeit im Ruhrgebiet gegenwärtig zu Recht besteht, haben die Vorsitzenden des vorläufigen Reichsgerichtsrates, die Herren Reichsgerichtsrat Dr. Bower, Universitätsprofessoren Dr. Kosel, Dr. Einzinger, und Dr. Hue, sowie Landgerichtsdirektor Dr. Gerfel vorgelesen. Die Sachverständigen sind vom Reichsarbeitsminister beauftragt um ihr Urteilen gebeten worden. Sie sollen am 20. Mai d. J., nachmittags 5 Uhr im Reichsarbeitsministerium zumutreten.

#### Der Weg zur Klarheit.

Um die Regierungsbildung.

Die Fraktionen der bürgerlichen Parteien sind jetzt alle in Aktion getreten, soweit sie für die Frage der Regierungsbildung in Betracht kommen. Die Deutschpolitischen rechnen mit nicht dazu. Wahrscheinlich bringt der heutige Tag schon eine gewisse Entscheidung in der nächsten Vorfrage, wie sich die einzelnen Fraktionen und Gruppen zueinander verhalten.

Die drei Koalitionsparteien, die in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eine lose Verbindung eingegangen sind, haben den Zusammenhang bisher aufrecht erhalten. Ihre Vertreter waren wiederholt in gemeinsamer Beratung versammelt und haben dabei die Grundlinien ihres außenpolitischen Programms festgelegt. Dieses Programm stimmt mit dem der Regierung überein, fordert also Annahme des Gutachtens als Grundlage für die bereits begonnenen Verhandlungen. Das Kabinett ist bei diesen Beratungen stets vertreten gewesen, u. a. durch den Außenminister Dr. Stresemann. Aus den Verhandlungen ergibt sich, daß die Koalitionsparteien und die Regierung außenpolitisch dieselbe Linie verfolgen und daß das Kabinett auch bei seiner gegenwärtigen Regierungstätigkeit der Unterstützung dieser Parteien sicher sein kann.

#### Der Weg zur Klarheit.

Die drei Koalitionsparteien, die in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eine lose Verbindung eingegangen sind, haben den Zusammenhang bisher aufrecht erhalten. Ihre Vertreter waren wiederholt in gemeinsamer Beratung versammelt und haben dabei die Grundlinien ihres außenpolitischen Programms festgelegt. Dieses Programm stimmt mit dem der Regierung überein, fordert also Annahme des Gutachtens als Grundlage für die bereits begonnenen Verhandlungen. Das Kabinett ist bei diesen Beratungen stets vertreten gewesen, u. a. durch den Außenminister Dr. Stresemann. Aus den Verhandlungen ergibt sich, daß die Koalitionsparteien und die Regierung außenpolitisch dieselbe Linie verfolgen und daß das Kabinett auch bei seiner gegenwärtigen Regierungstätigkeit der Unterstützung dieser Parteien sicher sein kann.

Die Fraktionen der Arbeitsgemeinschaft, die teils gestern tagten, teils heute zusammengetreten sind, werden sicher bereit sein, was von ihren Vertretern in der gemeinschaftlichen Beratungen vereinbart worden ist. Es wird dann an die Deutschnationalen die Frage gerichtet werden, wie sie sich zu diesem Programm stellen. Da auch die Deutsch-

nationalen heute zu einer Fraktionsberatung zusammengetreten sind, so wird die am je gerichtete Frage nicht lange in der Luft stehen.

In den letzten Tagen ist die Presse dieser Partei auffallend still geworden. Wie es scheint, haben namentlich die Äußerungen des Herrn Hügel und der Artikel des Herrn Dr. Hoersch in benachbarten Kreisen der Partei Anstoß erregt, in denen man auf das politische Taktman Heffersich schmäht und das Gutachten unter allen Umständen ablehnt. Die zahlreichen, dem Landtag angehörenden Deutschnationalen und die vielfach Geheilten sind für das Unannehmbar und sie bilden mindestens eine außerordentlich starke Widerfront. Vor das außenpolitische Programm der Arbeitsgemeinschaft gestellt, wird die Deutschnationalen Fraktion einen schweren Stand haben. Die Koalitionsparteien sind aber entschlossen, eine Entscheidung herbeizuführen, da an dem Tage des Regierungsrücktritts bereits Klarheit über die Möglichkeit der Regierungsbildung bestehen muß. Eine lange Regierungskrise können wir uns nicht leisten.

#### Vorsichtsmaßnahmen der Regierung

Berlin, 20. Mai. (Radioletztg.) Der bisherige Reichspräsident Weiser befindet sich im Einverständnis mit der Reichsregierung, den Reichstag zum Dienstag, dem 27. Mai, 3 Uhr, einzuberufen.

Berlin, 20. Mai. (Radioletztg.) Der bisherige Reichspräsident Weiser befindet sich im Einverständnis mit der Reichsregierung, den Reichstag zum Dienstag, dem 27. Mai, 3 Uhr, einzuberufen.

Die Behörde hat den für den 31. Mai und 1. Juni in Aussicht genommenen Deutschen Tag in Halle, wobei Kundgebungen unter freiem Himmel vorgefallen sind, verboten. Die feieren in geschlossenen Räumen können stattfinden. Ferner ist durch Verfügung des preussischen Ministeriums des Innern der für kommenden Sonntag geplante Wettbewerb der Frankfurter Sportverbände, der seine Krönung in einem Maschenlauf der Sportverbände und durch Antritte auf dem Nörweger finden sollte, verboten worden.

Berlin, 20. Mai. (Radioletztg.) Entgegen der Darstellung gewisser Blätter, wonach die Reichsregierung sich aus außenpolitischen Gründen gegen die Abhaltung einer Schlageterfeier unter freiem Himmel in Berlin ausgesprochen habe und im Reichskabinett darüber keine Einmütigkeit hergestellt habe, erfahren wir, daß der Reichsanwalt überhaupt keine Veranlassung hatte, sich mit dieser Angelegenheit rein politischer Charakter zu befassen. Das ganze Reichskabinett teilt jedoch den Standpunkt der preussischen Regierung, daß z. B. der Lebensfähigkeit innerpolitischer Kämpfe, die solche Formen angenommen habe, wie sie in der letzten Zeit zu beobachten waren, Verhinderung unter freiem Himmel, bei denen diese Gelegenheiten eintreffend gemäß zu ersten Zustufen führen, einzuweisen nicht gebildet werden können.

### Der Händedruck des Präsidenten

nat. Neuener, Mai 1924.

Wenn man den Annahmen der Neupolier Presse glauben darf, so besteht die Gefahr, daß ein freies und unabhängiges amerikanisches Volk menschlichen um eines der besten und herrlichsten Vorrechte gebracht wird, die ihm überlieferung und Vererbung bisher gewährt haben. Wie nämlich Bascom Glenn der Secretary des Präsidenten Coalides, bekanntgegeben hat, soll es in Zukunft nicht mehr jedweden Besucher des „Weissen Hauses“ gestattet sein, mit dem Staatspräsidenten einen Händedruck zu wechseln. Ein Händedruck und Händedruck mit dem Bundespräsidenten Washington von unüberwindlichen Vorden inländischer Leuten heimzukehren, die selbstverständlich nicht verstehen, das Abwechslung zu beschließen und nach allem Brauch dem Landespräsidenten die biedere Rechte zu erteilen.

Präsident Coolidge hat es nun, wie es heißt, als eine sehr lästige und öffentlich feindliche Zumutung empfunden, alle diese Beländer zu empfangen. In Zukunft soll deshalb an Empfängnissen nur noch eine beschränkte Anzahl von ausmündigen und ermodenen Studenten der Ehre teilhaftig werden, mit dem Präsidenten einen „händedruck“ zu wechseln, während die übrigen sich damit begnügen müssen, aus reinlicher Entfernung einen Blick in das Arbeitszimmer des Herrn Coalides zu werfen und sich aus eigener Einbildung davon zu überzeugen, daß der höchste Grad der Glückseligkeit Landesstrom auf seinem Boden ist und unermesslich über Wohl und Wehe des Volkes wacht.

Präsident Coolidge hat es nun, wie es heißt, als ein mehr oder weniger konstitutionelles Verbrechen einen jeden amerikanischen Bürger das er, wenn immer es ihm beliebt, dem Präsidenten im Weissen Haus aufsuchen und mit ihm einen Händedruck austauschen konnte. Dieser Händedruck war gewissermaßen ein Symbol der republikanischen Gleichheit und erzielte sich als solches einer großen Beliebtheit. So wurden nicht allein die Studenten, sondern auch die Zeitweiser, Empfindsamer, unter anderem an denen das Staatsverständnis, in einem Staatszimmer stehen, die ungeschlagen Händedrucke der an ihm vorübergehenden Fremden, die sich nicht scheuen, die Hände des Präsidenten zu schütteln, werden sich.

Der Bundespräsident Weiser hat vorhin, als er in Bundesbesuch mit dem Bundespräsidenten einen solchen Akt der Willkür Protest einlegte und dabei die Gefahr einer großen Verengung der Berufsbildung. Ob, so viel der ehrenwerte Bundespräsident ihm recht ermöglicht, und feiert doch die männlichen Tage eines Nationen wieder! Ob, hätten wir doch wieder einen Präsidenten, der mäßig genug und menschlich genug wäre, um mit irgendeinem anderen Menschen zu begegnen und ihnen die Hände zu schütteln!

Der Bundespräsident Weiser ist zwar ein Demokrat, aber er hat doch nicht so ganz anständig, sich nicht mitteln, um sich nicht mit dem widerstandsfähigen Konstitutionen basu, um den Anforderungen gepaßt zu sein, die gerade der höhere und alte Brauch des Händedruckes, das schwer Amt eines Präsidenten der Vereinigten Staaten teilt. Das gilt besonders zu Wahlzeiten, wenn ein Händedruck des Präsidenten ist nach amerikanischer Auffassung eines der wichtigsten Mittel, um das Volk eine reineren-true Teilnahme zu erhalten. Während eines Wahlkampfes gehört es demnach zu den wichtigsten Schicksalshandlungen, sich dem Präsidenten möglichst vielen Händedrucke zu tauschen.

Am nachdrücklichsten tritt der offizielle Handlungs in Funktion, wenn der Präsident in solchen Augenblicken, die ein Händedruck ist, dann muß der Extrakt des Präsidenten auf jeder noch so kleinen und unbedeutenden Salzteile eine kurze Pause machen, in der die maßgebend, die aus der Hand des Präsidenten sind, im Einklang mit dem Landespräsidenten vorzubereiten und ihm mit einem treuzugewandten: „Wie geht's, Herr Präsident?“ die Rechte schütteln. Manchmal ist aus ein Photographie aus Stelle, der den historischen Augenblick, in welchem der Bürger Jonathan Smith mit dem Präsidenten einen Händedruck austauscht, im Bild festhält. Dieses Bild hängt beim Herrn Smith subaque in der guten Stube auf, so daß Entsch und Urentel es mit ehrfürchtigen Staunen betrachten und sich daran erbauen können.

Das Talent, einen im faulstehenden Sinne überzeugenden Händedruck zu verpacken, muß angeboren sein. So hat es denn auch amerikanische Präsidenten gegeben, die, wie Roosevelt und Harding, einen Händedruck zu wechseln und solche, die, wie Wilson und Coolidge es in der Kunst des Händedruckes trotz jahrelanger Übung nicht recht zu meistern konnten. Das Bewusstsein einer Unfähigkeit, ein solches Händedruck zu geben, muß denn auch den bescheidenen Präsidenten von der Rabinetsarbeit veranlassen haben, die dem Präsidentenhandlung seine gewöhnliche Routine nimmt und ihn empfinden zu einem Sonderrecht für aussergewöhnliche Leute erteilt.

#### Der Streit um das Gutachten.

Rom, 20. Mai. Nach einer halbamtlichen römischen Note ist in den Walländer Beziehungen zwischen Mussolini und den belgischen Ministern eine intensivierte Einzelgespräch hergestellt worden.

London, 20. Mai. Halbamtlich wird erklärt: Macdonalds Stellungnahme zu Reparationsfragen, den Damesbericht als Ganzes unverändert annehmen, ist dieselbe geblieben. In dieser Aufstellung werde er von den neuen französischen Regierung und von den Regierungen von Brüffel und Rom von Belgien unterstellt.



